

Bundesgesetzblatt ⁵²⁹

Teil II

Z 1998 A

1989

Ausgegeben zu Bonn am 27. Juni 1989

Nr. 22

| Tag | Inhalt | Seite |
|-----------|--|-------|
| 15. 6. 89 | Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 12 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich des Schutzes des Fahrzeugführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 12) | 530 |
| 15. 3. 89 | Bekanntmachung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Kommunikation des Staates Kuwait über Technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Post- und Fernmeldedienste | 531 |
| 22. 5. 89 | Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit | 535 |
| 14. 6. 89 | Bekanntmachung der Änderungen der Internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See | 541 |

Die Regelung Nr. 12 – Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich des Schutzes des Fahrzeugführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen – wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung
zur ECE-Regelung Nr. 12 über einheitliche Vorschriften
für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich des Schutzes
des Fahrzeugführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 12)**

Vom 15. Juni 1989

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Gesetz vom 20. Dezember 1968 (BGBl. II S. 1224) eingefügt worden ist, wird nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden verordnet:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Neufassung der ECE-Regelung Nr. 12 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich des Schutzes des Fahrzeugführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen vom 23. März 1983 wird in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Neufassung der ECE-Regelung Nr. 12 und deren Anhänge wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung nachstehend veröffentlicht. *)

Artikel 2

Die Verordnung zu den Regelungen Nr. 12, 15 und 20 vom 19. Mai 1972 (BGBl. II S. 445) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden jeweils die Regelungsnummer „12“ und der nachfolgende Beistrich gestrichen.
2. In § 1 Abs. 1 werden die Worte „Regelung Nr. 12 Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Kraftfahrzeuge hinsichtlich des Schutzes des Fahrzeugführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen“ gestrichen.

3. Die dieser Verordnung nachstehend veröffentlichte Regelung Nr. 12 einschließlich der Anhänge 1 bis 4 hierzu wird gestrichen.

Artikel 3

Die Verordnung zur Änderung der Regelungen Nr. 11, 12, 14, 17 und 24 vom 19. April 1982 (BGBl. II S. 481) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden jeweils die Regelungsnummer „12“ und der nachfolgende Beistrich gestrichen.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 Nr. 2 wird gestrichen. Die Nummern 3 bis 5 werden Nummern 2 bis 4.
 - b) In Satz 3 werden die Worte „die Änderung 01 zur Regelung Nr. 12 wird als Anhang 2,“ gestrichen.
3. In § 3 werden die Worte „des Anhangs 2 mit Wirkung vom 20. Oktober 1974,“ gestrichen.
4. Der Anhang 2 wird gestrichen.

Artikel 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 5

Diese Verordnung und die Neufassung der ECE-Regelung Nr. 12 treten mit Wirkung vom 14. November 1982 in Kraft.

Bonn, den 15. Juni 1989

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

*) Die Regelung Nr. 12 mit Anhängen 1 bis 6 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlages übersandt.

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Kommunikation des Staates Kuwait
über Technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Post- und Fernmeldedienste
Vom 15. März 1989

Das in Kuwait am 29. Juli 1987 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Kommunikation des Staates Kuwait über Technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Post- und Fernmeldedienste ist nach seinem Artikel 11

am 18. September 1988

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. März 1989

Der Bundesminister
für das Post- und Fernmeldewesen
Im Auftrag
Haist

**Abkommen
über Technische Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Post- und Fernmeldedienste
zwischen dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Kommunikation
des Staates Kuwait**

**Agreement
on Technical Co-operation
in the Fields of Postal and Telecommunication Services
between the Federal Ministry of Posts and Telecommunications
of the Federal Republic of Germany
and the Ministry of Communications
of the State of Kuwait**

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium für Kommunikation des Staates Kuwait –

in dem Wunsch, die weitere Entwicklung der gegenseitigen
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmelde-
wesens zu fördern –

haben beschlossen, wie folgt übereinzukommen:

The Federal Ministry of Posts and Telecommunications
of the Federal Republic of Germany

and

the Ministry of Communications of the State of Kuwait –

wishing to promote the further development of mutual co-oper-
ation in the fields of posts and telecommunications –

have decided to agree upon the following:

Artikel 1

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der
Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Kommuni-
kation des Staates Kuwait, im folgenden als „Vertragsparteien“
bezeichnet, nehmen direkte Beziehungen für eine Zusammen-
arbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens auf, die sich
außer auf die Entwicklung von Diensten zwischen den beiden
Ländern auf die Bereiche Forschung, technische Hilfe, Beratung,
die Durchführung von Projekten und die Ausbildung von Mitarbei-
tern erstreckt.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf dem
Gebiet des Post- und Fernmeldewesens wird wie folgt ver-
wirklicht:

- a) Gegenseitiger Austausch von Erfahrungen, die aus modernen
technischen und wissenschaftlichen Neuerungen und Erfin-
dungen auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens
gewonnen werden.
- b) Gegenseitiger Austausch von Informationen in den Bereichen,
auf die sich dieses Abkommen bezieht.
- c) Gegenseitiger Austausch von Literatur.
- d) Gegenseitiger Austausch von Sachverständigen und Ausbil-
dung von Mitarbeitern in technischen Bereichen und in Tätig-
keiten bezüglich der Organisation der Unternehmensführung.

Article 1

The Federal Ministry of Posts and Telecommunications of the
Federal Republic of Germany and the Ministry of Communications
of the State of Kuwait, hereinafter called "The Contracting Par-
ties" shall establish direct relations for co-operation in the fields of
posts and telecommunications which shall cover research, techni-
cal assistance, consultation, the implementation of projects and
the training of staff in addition to the development of services
between the two countries.

Article 2

The co-operation in the fields of posts and telecommunications
between the contracting parties shall be realized in the following
forms:

- a) Mutual exchange of experience gained from modern technical
and scientific innovations and inventions in the fields of posts
and telecommunications.
- b) Mutual exchange of information on the fields covered by this
agreement.
- c) Mutual exchange of literature.
- d) Mutual exchange of experts and training of staff in technical
fields and work regarding the organization of management.

Artikel 3**Fernmeldewesen**

Die technische Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf dem Gebiet des Fernmeldewesens umfaßt neben den in Artikel 2 angeführten Bereichen insbesondere folgende Gebiete:

- a) Zeitmultiplexvermittlungen und Digitalübertragung.
- b) Übertragung mittels Glasfaser.
- c) Videotex, Bildfernsprechen und automatische Kommunikationsdienste im allgemeinen.
- d) Weltraumtelekommunikation und Seekabel.
- e) Bewegliche Funkdienste.
- f) Einsatz von Computern im Zusammenhang mit Fernmeldediensten, z. B. bei der elektronischen Auskunft und der Vorbereitung von detaillierten Listen.
- g) Lokale und internationale Datenübertragung.
- h) Netzplanung einschließlich Linientechnik.

Artikel 4**Postdienste**

Die technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Postdienste umfaßt den Austausch von Informationen über alle Aspekte moderner Technologie.

Artikel 5**Austausch von Sachverständigen und Ausbildung von Mitarbeitern in technischen Bereichen**

(1) Der in Artikel 6 vorgesehene gemeinsame Ausschuß bestimmt die Anzahl der Sachverständigen, die eine Vertragspartei von der jeweils anderen anfordert, und das Gebiet ihrer Spezialisierung, die Dauer des Einsatzes und alle damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten. Besagter Ausschuß wird dafür verantwortlich sein, die Anzahl der auszubildenden Mitarbeiter und Techniker jeder Vertragspartei sowie die Dauer ihres Aufenthalts und die Ausbildungsprogramme für wissenschaftliche und technische Lehrgänge zu bestimmen, die es ihnen ermöglichen sollen, in den Fachbereichen der Verwaltung (specialized administrations) der jeweils anderen Vertragspartei Erfahrungen zu sammeln und Informationen zu erhalten.

(2) Die entsendende Vertragspartei bestimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Methode, nach der solche Sachverständigen aus Verwaltungsbereichen (administrations) oder Tochtergesellschaften zur Verfügung gestellt und ausgewählt werden, und zwar entsprechend den vom gemeinsamen Ausschuß vereinbarten Bedingungen und Gegebenheiten.

(3) Die gastgebende Vertragspartei trägt alle Kosten, die im Zusammenhang mit den von der anderen Vertragspartei entsandten Sachverständigen entstehen, im Einklang mit den Regelungen, die der in Artikel 6 vorgesehene gemeinsame Ausschuß festlegt. Die Vertragspartei, die Mitarbeiter und Techniker zur Ausbildung in technischen Bereichen und zum Austausch von Informationen zu der anderen Vertragspartei entsendet, trägt alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Reise und dem Aufenthalt ihrer Mitarbeiter und Techniker entstehen, sowie die Kosten ihrer Rückreise am Ende der Ausbildung.

Artikel 6

Ein gemeinsamer Ausschuß mit Vertretern beider Vertragsparteien wird eingesetzt und ist für folgende Angelegenheiten verantwortlich:

- a) Festlegung der jährlichen Programme der Zusammenarbeit sowie ihrer praktischen Durchführung.
- b) Untersuchung der Maßnahmen, die für die Entwicklung von Post- und Fernmeldediensten getroffen werden sollen.

Article 3**Telecommunications**

The technical co-operation in the field of telecommunications between the contracting parties shall cover, in addition to the fields specified in article 2 of this agreement, the following fields in particular:

- a) Time division exchanges and digital transmission.
- b) Transmission by fibre optics.
- c) Videotex, video telephone and automatic communication services in general.
- d) Space telecommunications and submarine cables.
- e) Mobile services.
- f) Computerization of telecom services e.g. the electronic directory and preparation of detailed lists.
- g) Local and international data transmission.
- h) Network planning including external network plant.

Article 4**Postal Services**

The technical co-operation in the field of postal services shall cover the exchange of information on all aspects of modern technology.

Article 5**Exchange of Experts and Training of Staff in Technical Fields**

(1) The joint committee provided for in article 6 of this agreement shall decide on the number of experts which the contracting parties require from each other as well as on their field of specialization, period of duty and any other matters related thereto. The said committee will be responsible for determining the number of staff and technicians to be trained from each contracting party, the period of their stay and the training programmes for scientific and technical courses enabling them to gain experience and to obtain information from the specialized administrations of the other contracting party.

(2) The contracting party dispatching the experts shall within the scope of its possibilities decide on the method of providing and selecting such experts from administrations or affiliated companies in accordance with the conditions and situations agreed upon by the joint committee.

(3) The host party shall bear all the costs incurred in connection with the experts sent by the other contracting party in accordance with the rules laid down by the joint committee provided for in article 6 of this agreement. The contracting party dispatching staff and technicians for training in technical fields and for the exchange of information to the other contracting party shall bear all the costs incurred in connection with the travel and stay of its staff and technicians as well as the cost of their return journey at the end of their training.

Article 6

A joint committee including representatives from the contracting parties shall be established and shall be responsible for the following matters:

- a) Determining the annual co-operation programmes as well as their practical implementation.
- b) Studying the steps to be taken for the development of postal and telecommunication services.

c) Erledigung aller Angelegenheiten und Probleme, die bei der Erfüllung dieses Abkommens entstehen.

Der gemeinsame Ausschuss tagt in regelmäßigen Abständen abwechselnd in Kuwait und Bonn.

Außerordentliche Tagungen können auf Ersuchen einer der Vertragsparteien stattfinden. Die ersuchende Vertragspartei sendet der anderen Vertragspartei die Tagesordnung einen Monat im voraus zu.

Artikel 7

Die Vertragsparteien verpflichten sich, ohne schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei einem Drittland, einer dritten Organisation oder einem sonstigen Dritten keine Informationen über Patente zu übermitteln, die aus der gemeinsamen Zusammenarbeit entstehen.

Solche Patente lassen beide Vertragsparteien im Einklang mit den in ihrem jeweiligen Land geltenden Rechtsvorschriften registrieren.

Artikel 8

Dieses Abkommen läßt andere bereits geschlossene oder noch zu schließende Abkommen der Vertragsparteien mit anderen Parteien auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens unberührt.

Artikel 9

Änderungen oder Nachträge zu diesem Abkommen erfolgen über Schriftwechsel und in gegenseitigem Einvernehmen der Vertragsparteien und treten mit dem Datum der letzten Genehmigungsnotifikation in Kraft.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Minister für Kommunikation des Staates Kuwait innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 11

Dieses Abkommen bedarf der Genehmigung im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen jeder Vertragspartei und tritt mit dem Datum des Empfangs der letzten Genehmigungsnotifikation auf diplomatischem Weg in Kraft. Dieses Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren und verlängert sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Gültigkeitsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Kuwait am 29. Juli 1987 entsprechend . . . in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

c) Settlement of all matters and problems which may arise during the implementation of this agreement.

The joint committee shall hold its meetings periodically in Kuwait and Bonn alternately.

Extraordinary meetings may be held upon the request of either contracting party. The requesting party shall send the agenda for such a meeting to the other contracting party one month in advance.

Article 7

The contracting parties undertake not to transmit to a third country, organization or party, without the written consent of the other contracting party, any information regarding patents resulting from their mutual co-operation.

Such patents shall be registered by both contracting parties in conformity with the legislation in force in their respective countries.

Article 8

The provisions of the present agreement shall not affect any other agreement already concluded or which will be concluded by the contracting parties with any other party in the fields of posts and telecommunications.

Article 9

Any amendments or additions to the provisions of the present agreement shall be made by correspondence and by mutual agreement of the contracting parties and shall come into force on the date of the last notification of approval.

Article 10

This agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Federal Minister of Posts and Telecommunications of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Minister of Communications of the State of Kuwait within three months of the date of entry into force of this agreement.

Article 11

The present agreement is subject to approval in accordance with the constitutional provisions of each contracting party and shall come into force from the date of receipt of the last notification of approval through diplomatic channels. The present agreement shall remain valid for a period of five years and shall be tacitly renewed for successive periods of five years unless either of the contracting parties has denounced it in writing six months prior to the expiry date of each period of validity.

Done at Kuwait on 29th of July 1987 corresponding to . . . in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik Deutschland

For the Federal Ministry of Posts and Telecommunications
of the Federal Republic of Germany
Dr. Bernd Wulffen

Für das Ministerium für Kommunikation des Staates Kuwait
For the Ministry of Communications of the State of Kuwait
Abdul-Aziz A. Al Ayoub

**Bekanntmachung
des deutsch-indischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 22. Mai 1989

Das in Neu Delhi am 12. April 1989 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Indien über
Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 10

am 12. April 1989

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. Mai 1989

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indien
über Finanzielle Zusammenarbeit 1989

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Republic of India
concerning Financial Co-operation in 1989

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Indien –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the Republic of India,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien,

in the spirit of the friendly relations existing between the Federal Republic of Germany and the Republic of India,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

desiring to strengthen and intensify those friendly relations through financial co-operation in a spirit of partnership,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen Grundlage dieses Abkommens ist,

aware that the maintenance of those relations constitutes the basis of this Agreement,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Indien beizutragen,

intending to contribute to social and economic development in the Republic of India,

unter Bezugnahme auf

with reference to

- das Schreiben der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Delhi vom 4. Juli 1988, die erste Zusage für die Modernisierung des Stahlwerks Rourkela betreffend,
- das Schreiben der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Delhi vom 26. Dezember 1988, die vorgezogene Zusage für indische Finanzierungsinstitutionen betreffend,
- sowie auf in der Zeit vom 10. bis 12. April 1989 geführte Verhandlungen und auf das Verhandlungsprotokoll vom 12. April 1989 –

- the letter of 4 July 1988 from the Embassy of the Federal Republic of Germany in New Delhi concerning the first commitment for the modernization of Rourkela steelworks,
- the letter of 26 December 1988 from the Embassy of the Federal Republic of Germany in New Delhi concerning the advance commitment for Indian financing institutions,
- as well as the negotiations held from 10 to 12 April 1989 and the Minutes of 12 April 1989,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die in Artikel 2 genannten Vorhaben Darlehen bis zu insgesamt 365 000 000,- DM (in Worten: dreihundertfünfundsechzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(1) The Government of the Federal Republic of Germany shall enable the Government of the Republic of India or other recipients to be determined jointly by the two Governments to obtain from the Kreditanstalt für Wiederaufbau (Development Loan Corporation), Frankfurt/Main, loans up to a total of DM 365,000,000 (three hundred and sixty-five million Deutsche Mark) for the projects referred to in Article 2 of this Agreement.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indien oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die in Artikel 3 genannten Vorhaben Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall enable the Government of the Republic of India or other recipients to be determined jointly by the two Governments to obtain from the Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, financial contributions up to a total of DM 10,000,000 (ten million Deutsche Mark) for the projects referred to in Article 3 of this Agreement.

Artikel 2

(1) Die Darlehen nach Artikel 1 Absatz 1 werden für die folgenden Vorhaben verwendet:

- a) ein Darlehen bis zu 215 000 000,- DM (in Worten: zweihundertfünfzehn Millionen Deutsche Mark) für die Vorhaben
- aa) Kombiniertes Gas-Dampf-Kraftwerk Dadri
 - bb) Modernisierung des Stahlwerks Rourkela
 - cc) 30 MW thermisches Solarkraftwerk
 - dd) Steinkohlenbergwerk Chinakuri,
- wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

- b) ein Darlehen bis zu 60 000 000,- DM (in Worten: sechzig Millionen Deutsche Mark) für die Finanzierung von Kapitalanlagegütern, die dem zivilen Bedarf Indiens dienen und deren Auftragswert im Einzelfall 7 000 000,- DM (in Worten: sieben Millionen Deutsche Mark) nicht übersteigt. In Ausnahmefällen können auch Lieferwerte bis zu einer Höhe von 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) in dieses Verfahren einbezogen werden. Aufträge mit einem Wert von über 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark) bedürfen der vorherigen Zustimmung der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die Regierung der Republik Indien die aus dem Verkauf der dargeliehenen Deutschen Mark anfallenden Rupiegegenwerte für Entwicklungsvorhaben verwendet;

- c) ein Darlehen bis zu insgesamt 45 000 000,- DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark), das zur Förderung von Investitionsvorhaben mittlerer privater Unternehmen der verarbeitenden Industrie indischen Finanzierungsinstitutionen zur Verfügung gestellt wird, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist. Hiervon erhalten:

aa) die Industrial Credit and Investment Corporation of India (ICICI) bis zu 22 500 000,- DM (in Worten: zweiundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark),

bb) die Industrial Finance Corporation of India (IFCI) bis zu 22 500 000,- DM (in Worten: zweiundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark);

- d) ein Darlehen bis zu 45 000 000,- DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung von Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Verschiffungsdokumente nach dem 24. Januar 1989 ausgestellt oder die nach diesem Datum erbracht worden sind. Bei der Verwendung dieses Betrags werden die Anforderungen von in Indien errichteten Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung sowie die Inhaber deutscher Lizenzen mit Wohlwollen berücksichtigt, soweit diesen Anforderungen nicht im Rahmen der Maßnahmen der Regierung der Republik Indien zur Liberalisierung der Einfuhren zu entsprechen ist. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die Regierung der Republik Indien die aus dem Verkauf der dargeliehenen Deutschen Mark anfallenden Rupiegegenwerte für Entwicklungsvorhaben verwendet.

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vor-

Article 2

(1) The loans referred to in Article 1 (1) of this Agreement shall be used for the following projects:

- (a) a loan of up to DM 215,000,000 (two hundred and fifteen million Deutsche Mark) shall be used for the following projects if, after examination, they have been found eligible for promotion:

- (aa) Dadri combined gas-steam power plant,
- (bb) modernization of Rourkela steelworks,
- (cc) 30 MW thermal solar power plant,
- (dd) Chinakuri pit-coal colliery;

- (b) a loan of up to DM 60,000,000 (sixty million Deutsche Mark) shall be made available to finance capital goods to meet India's civilian requirements whose order value in individual cases does not exceed DM 7,000,000 (seven million Deutsche Mark). In exceptional cases, supplies worth up to DM 10,000,000 (ten million Deutsche Mark) may be included in this procedure. Orders worth over DM 2,000,000 (two million Deutsche Mark) shall be subject to the prior approval of the Kreditanstalt für Wiederaufbau. The Government of the Federal Republic of Germany proceeds on the understanding that the Government of the Republic of India will utilize the counterpart rupee funds accruing from the sale of the Deutsche Mark so loaned for development projects;

- (c) a loan up to a total of DM 45,000,000 (forty-five million Deutsche Mark) shall be made available to Indian financing institutions for the purpose of promoting investment projects of medium-sized private enterprises of the processing industry if, after examination, the projects have been found eligible for promotion. Of this amount

(aa) the Industrial Credit and Investment Corporation of India (ICICI) shall receive up to DM 22,500,000 (twenty-two million five hundred thousand Deutsche Mark) and

(bb) the Industrial Finance Corporation of India (IFCI) shall receive up to DM 22,500,000 (twenty-two million five hundred thousand Deutsche Mark);

- (d) a loan of up to DM 45,000,000 (forty-five million Deutsche Mark) shall be utilized to meet foreign exchange costs resulting from the purchase of goods and services to cover current civilian requirements, and to meet foreign exchange and local currency costs of transport, insurance and assembly arising in connection with the importation of goods financed under this Agreement. The supplies and services must be such as are covered by the list annexed to this Agreement and for which shipping documents have been drawn up after 24 January 1989 or which have been provided after that date. When utilizing this amount, favourable consideration shall be given to the requirements of enterprises established in India with German financial participation, as well as to holders of German licences, to the extent that such requirements are not to be met within the scope of the measures adopted by the Government of the Republic of India for the liberalization of imports. The Government of the Federal Republic of Germany proceeds on the understanding that the Government of the Republic of India will utilize the counterpart rupee funds accruing from the sale of the Deutsche Mark so loaned for development projects.

(2) The projects referred to in paragraph 1 (a), (b) and (c) above may be replaced by other projects if the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of India so agree.

(3) This Agreement shall also apply if, at a later date, the Government of the Federal Republic of Germany enables the Government of the Republic of India to obtain from the Kreditan-

bereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird bemüht sein, im Rahmen der bestehenden innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der übrigen Deckungsvoraussetzungen Bürgschaften für den nicht aus Darlehen im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit finanzierten Teil des Auftragswertes von höchstens 251 500 000,- DM (in Worten: zweihunderteinundfünfzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für solche Ausführungsgeschäfte zu übernehmen, die mit Firmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens für die Durchführung der in Absatz 1 Buchstabe a genannten Vorhaben abgeschlossen werden. Die folgenden Artikel dieses Abkommens gelten auch für die Darlehen, die neben den im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit vorgesehenen Darlehen gewährt werden, sofern die Kreditanstalt für Wiederaufbau Darlehensgeberin ist.

Artikel 3

(1) Die Finanzierungsbeiträge nach Artikel 1 Absatz 2 werden für die folgenden Vorhaben verwendet:

- a) Studien- und Fachkräftefonds für die Modernisierung des Stahlwerks Rourkela
- b) Studien- und Fachkräftefonds III

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Soweit es sich bei diesen Vorhaben nicht um Vorhaben der projektbezogenen Vorbereitung und Betreuung von Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit handelt, werden die Finanzierungsbeiträge in Darlehen umgewandelt.

Artikel 4

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen bzw. Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Den Trägern der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Vorhaben steht es offen, sich gegebenenfalls der Finanz- und Garantiemöglichkeiten, die durch die Indische Industrieentwicklungsbank zur Verfügung gestellt werden, zu bedienen. Die Regierung der Republik Indien stellt sicher, daß die oben erwähnte Bank jeweils genügend Rupienmittel zur Verfügung hat, um den Bedarf solcher Vorhaben zu berücksichtigen.

(3) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Darlehensverträge garantieren.

Artikel 5

Die Regierung der Republik Indien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 4 erwähnten Verträge in Indien erhoben werden.

stalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, further loans or financial contributions for the preparation of the projects referred to in paragraph 1 above or financial contributions for attendant measures required for their implementation and support. Financial contributions for preparatory and attendant measures shall be converted into loans in the event that they are not used for such measures.

(4) The Government of the Federal Republic of Germany will endeavour, on the basis of existing national directives and provided the other conditions for cover are met, to assume guarantees up to a maximum amount of DM 251,500,000 (two hundred and fifty-one million five hundred thousand Deutsche Mark) in respect of that part of the value of an order not financed from loans granted within the scope of financial co-operation and pertaining to export deals for the implementation of the projects referred to in paragraph 1 (a) above concluded with enterprises having their place of business in the German area of application of this Agreement. The following Articles of this Agreement shall also apply to the loans granted in addition to those envisaged within the scope of financial co-operation, provided that the Kreditanstalt für Wiederaufbau is the lender.

Article 3

(1) The financial contributions referred to in Article 1 (2) of this Agreement shall be used for the following projects:

- (a) study and expert fund for the modernization of Rourkela steelworks,
- (b) study and Expert Fund III.

(2) The projects referred to in paragraph 1 (a) and (b) above may be replaced by other projects if the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of India so agree. In the event that such projects do not relate to the preparation and support of projects under financial co-operation, the financial contributions shall be converted into loans.

Article 4

(1) The utilization of the amounts referred to in Article 1 of this Agreement and the terms and conditions on which they are made available, as well as the procedure for awarding contracts, shall be governed by the provisions of the agreements to be concluded between the recipients of the loans and financial contributions and the Kreditanstalt für Wiederaufbau, which agreements shall be subject to the laws and regulations applicable in the Federal Republic of Germany.

(2) The sponsors of the projects referred to in Article 2 (1) (a) of this Agreement shall be free to avail themselves of the financing and guarantee facilities provided by the Industrial Development Bank of India. The Government of the Republic of India shall ensure that the said bank has, in each case, sufficient rupee funds available to cover the requirements of such projects.

(3) The Government of the Republic of India, in so far as it is not itself the borrower, shall guarantee to the Kreditanstalt für Wiederaufbau all payments in Deutsche Mark to be made in fulfilment of the borrowers' liabilities under the agreements to be concluded pursuant to paragraph 1 above.

Article 5

The Government of the Republic of India shall exempt the Kreditanstalt für Wiederaufbau from all taxes and other public charges levied in India in connection with the conclusion and implementation of the agreements referred to in Article 4 of the present Agreement.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Indien überlassen bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und eventuellen Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, treffen keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilen gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und eventuellen Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 8

(1) Das in Artikel 2 Absatz 2 des zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 7. September 1988 genannte Vorhaben „Modi Gürtelreifenfabrik“ wird durch das Vorhaben „Kombiniertes Gas-Dampf-Kraftwerk Dadri“ ersetzt. Die Bestimmungen des genannten Abkommens gelten im übrigen unverändert weiter.

(2) Das nach Artikel 2 Absatz 2 des zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 7. Mai 1982 ausgewählte Vorhaben „Wärmekraftwerk Korba“ wird teilweise durch das Vorhaben „Kombiniertes Gas-Dampf-Kraftwerk Dadri“ ersetzt. Die Bestimmungen des genannten Abkommens gelten im übrigen unverändert weiter.

(3) Das nach Artikel 2 Absätze 2 und 5 des zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 7. Mai 1982 ausgewählte Vorhaben „BHEL – Hydraulische Presse“ wird teilweise durch das Vorhaben „Kombiniertes Gas-Dampf-Kraftwerk Dadri“ ersetzt. Die Bestimmungen des genannten Abkommens gelten im übrigen unverändert weiter.

(4) Das in Artikel 2 Absatz 2 des zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 23. September 1981 genannte Vorhaben „Superwärmekraftwerk Singrauli II“ wird teilweise durch das Vorhaben „Kombiniertes Gas-Dampf-Kraftwerk Dadri“ ersetzt. Die Bestimmungen des genannten Abkommens gelten im übrigen unverändert weiter.

(5) Das nach Artikel 5 Absatz 2 des zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 24. Juni 1976 ausgewählte Vorhaben „Röhrenfabrik Tiruchy“ wird teilweise durch das Vorhaben „Kombiniertes Gas-Dampf-Kraftwerk Dadri“ ersetzt. Die Bestimmungen des genannten Abkommens gelten im übrigen unverändert weiter.

(6) Aus dem in Artikel 5 Absatz 3 des zwischen den beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 8. Juli 1974 genannten Vorhaben „Ländliches Entwicklungsprogramm TAWA“ werden die noch verbliebenen Restmittel von 5 700 000,- DM (in Worten: fünf Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) als ein Darlehen zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage verwendet. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Verschiffungsdokumente nach dem 24. Januar 1989 ausgestellt oder die nach diesem Datum erbracht worden sind. Bei der Verwendung dieses Betrags werden die Anforderungen von in Indien errichteten Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung sowie die Inhaber deutscher Lizenzen mit Wohlwollen berücksichtigt, soweit diesen Anforderungen nicht im Rahmen der Maßnahmen der Regierung der Republik Indien zur Liberalisierung der Einfuhren zu entsprechen ist. Die Regierung der Bundesrepublik

Article 6

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of India shall allow passengers and suppliers free choice of transport enterprises for such transportation by sea or air of persons and goods as results from the granting of the loans and, as appropriate, financial contributions, abstain from taking any measures that might exclude or impair the participation on equal terms of transport enterprises having their place of business in the area of application of this Agreement, and grant any necessary permits for the participation of such enterprises.

Article 7

With regard to supplies and services resulting from the granting of the loans and, as appropriate, financial contributions, the Government of the Federal Republic of Germany attaches particular importance to preferential use being made of the economic potential of Land Berlin.

Article 8

(1) The project "Modi radial-ply tyre factory" referred to in Article 2 (2) of the Agreement concluded between the two Governments on 7 September 1988 shall be replaced by the project "Dadri combined gas-steam power plant". In all other respects the provisions of the aforementioned Agreement shall continue to apply.

(2) The project "Korba thermal power plant" selected pursuant to Article 2 (2) of the Agreement concluded between the two Governments on 7 May 1982 shall be partially replaced by the project "Dadri combined gas-steam power plant". In all other respects the provisions of the aforementioned Agreement shall continue to apply.

(3) The project "BHEL – hydraulic press" selected pursuant to Article 2 (2) and (5) of the Agreement concluded between the two Governments on 7 May 1982 shall be partially replaced by the project "Dadri combined gas-steam power plant". In all other respects the provisions of the aforementioned Agreement shall continue to apply.

(4) The project "Singrauli II super thermal power plant" referred to in Article 2 (2) of the Agreement concluded between the two Governments on 23 September 1981 shall be partially replaced by the project "Dadri combined gas-steam power plant". In all other respects the provisions of the aforementioned Agreement shall continue to apply.

(5) The project "Tiruchy pipe factory" selected pursuant to Article 5 (2) of the Agreement concluded between the two Governments on 24 June 1976 shall be partially replaced by the project "Dadri combined gas-steam power plant". In all other respects the provisions of the aforementioned Agreement shall continue to apply.

(6) The amount of DM 5,700,000 (five million seven hundred thousand Deutsche Mark) in residual funds remaining from the project "TAWA rural development programme" referred to in Article 5 (3) of the Agreement concluded between the two Governments on 8 July 1974 shall be used as a loan to meet foreign exchange costs resulting from the purchase of goods and services to cover current civilian requirements, and to meet foreign exchange and local currency costs of transport, insurance and assembly arising in connection with the importation of goods financed under this Agreement. The supplies and services must be such as are covered by the list annexed to this Agreement and for which shipping documents have been drawn up after 24 January 1989 or which have been provided after that date. When utilizing this amount, favourable consideration shall be given to the requirements of enterprises established in India with German financial participation, as well as to holders of German licences, to the extent that such requirements are not to be met within the scope of the measures adopted by the Government of the Republic of India for the liberalization of imports. The Government of the Federal Republic of Germany proceeds on the understanding that

Deutschland geht davon aus, daß die Regierung der Republik Indien die aus dem Verkauf der dargeliehenen Deutschen Mark anfallenden Rupiegegenwerte für Entwicklungsvorhaben verwendet. Die Bestimmungen des Abkommens vom 8. Juli 1974 gelten im übrigen unverändert weiter.

the Government of the Republic of India will utilize the counterpart rupee funds accruing from the sale of the Deutsche Mark so loaned for development projects. In all other respects the provisions of the Agreement of 8 July 1974 shall continue to apply.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Indien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 9

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of India within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Artikel 10

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Article 10

This Agreement shall enter into force on the date of signature thereof.

Geschehen zu New Delhi am 12. April 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher, Hindi und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des Hindi-Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at New Delhi on 12 April 1989 in duplicate in the German, Hindi and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Hindi texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Konrad Seitz
Wolf Preuss

Für die Regierung der Republik Indien
For the Government of the Republic of India
Arora

Anlage

**zum Abkommen vom 12. April 1989
zwischen der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indien
über Finanzielle Zusammenarbeit 1989**

Annex

**to the Agreement of 12 April 1989
between the Government
of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Republic of India
concerning Financial Co-operation in 1989**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d des Abkommens aus dem Darlehen bis zu 45 000 000,- DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) oder gemäß Artikel 8 Absatz 6 des Abkommens aus dem Darlehen in Höhe von 5 700 000,- DM (in Worten: fünf Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark) finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die wirtschaftliche Entwicklung Indiens von Bedeutung sind,
 - f) Einrichtungen und Geräte für wissenschaftliche und technische Forschungsinstitute der zivilen Forschung sowie Krankenhausbedarf,
 - g) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
1. List of goods and services eligible for financing from the loan up to DM 45,000,000 (forty-five million Deutsche Mark) under Article 2 (1) (d) of the above-mentioned Agreement or from the loan of DM 5,700,000 (five million seven hundred thousand Deutsche Mark) under Article 8 (6) thereof:
 - (a) Industrial raw and auxiliary materials as well as semi-manufactures,
 - (b) industrial equipment as well as agricultural machinery and implements,
 - (c) spare parts and accessories of all kinds,
 - (d) chemical products, in particular fertilizers, plant protection agents, pesticides, medicaments,
 - (e) other industrial products of importance for the economic development of India,
 - (f) equipment and apparatus for scientific and technical civilian research institutes, as well as hospital supplies,
 - (g) advisory services, patents and licence fees.

- | | |
|---|---|
| 2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt. | 2. Imports not included in the above list may only be financed with the prior approval of the Government of the Federal Republic of Germany. |
| 3. Die Einfuhr von Luxusgütern und Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus den Darlehen ausgeschlossen. | 3. The importation of luxury and consumer goods for personal needs as well as any goods and facilities serving military purposes may not be financed from the loan. |

**Bekanntmachung
der Änderungen der Internationalen Regeln von 1972
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See**

Vom 14. Juni 1989

Die von der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation in London am 19. November 1987 beschlossenen Änderungen der Internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See, die dem Übereinkommen von 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (BGBl. 1976 II S. 1017) beigelegt sind, werden nachstehend veröffentlicht.

Die Änderungen treten für die Bundesrepublik Deutschland und für die übrigen Vertragsparteien

am 19. November 1989

in Kraft (Verordnung vom 14. Juni 1989 – BGBl. I S. 1107).

Die deutsche Übersetzung der Regel 10 Buchstabe b Ziffer ii der Internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See wird wie folgt berichtigt:

Die Worte „sich so weit wie möglich“ werden durch die Worte „sich, soweit möglich,“ ersetzt.

Bonn, den 14. Juni 1989

**Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Hinz**

Änderungen
der Internationalen Regeln von 1972
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See

Amendments
to the International Regulations
for Preventing Collisions at Sea, 1972

Amendements
au Règlement international de 1972
pour prévenir les abordages en mer

(Übersetzung)

1 Rule 1(e) – Vessel of special construction

The existing text is replaced by the following:

“(e) Whenever the Government concerned shall have determined that a vessel of special construction or purpose cannot comply fully with the provisions of any of these Rules with respect to the number, position, range or arc of visibility of lights or shapes, as well as to the disposition and characteristics of sound-signalling appliances, such vessel shall comply with such other provisions in regard to the number, position, range or arc of visibility of lights or shapes, as well as to the disposition and characteristics of sound-signalling appliances, as her Government shall have determined to be the closest possible compliance with these Rules in respect of that vessel.”

1 Règle 1, paragraphe e) – Navire de construction spéciale

Remplacer le texte actuel par ce qui suit:

«e) Toutes les fois qu'un gouvernement considère qu'un navire de construction spéciale ou affecté à des opérations spéciales ne peut se conformer à toutes les dispositions de l'une quelconque des présentes Règles en ce qui concerne le nombre, l'emplacement, la portée ou le secteur de visibilité des feux et marques, ainsi que l'implantation et les caractéristiques des dispositifs de signalisation sonore, ce navire doit se conformer à telles autres dispositions relatives au nombre, à l'emplacement, à la portée ou au secteur de visibilité des feux ou marques, ainsi qu'à l'implantation et aux caractéristiques des dispositifs de signalisation sonore, qui, de l'avis du gouvernement intéressé, permettent dans ces cas de se conformer d'aussi près que possible aux présentes Règles.»

1. Regel 1 Buchstabe e – Fahrzeug besonderer Bauart

Der bisherige Wortlaut wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„e) In allen Fällen, in denen eine Regierung feststellt, daß ein Fahrzeug besonderer Bauart oder Verwendung eine Regel über Anzahl, Anbringung, Tragweite oder Sichtbereich von Lichtern oder Signalkörpern sowie über Anordnung und Eigenschaften von Schallsignalanlagen nicht in vollem Umfang befolgen kann, muß das Fahrzeug diejenigen sonstigen Bestimmungen über Anzahl, Anbringung, Tragweite oder Sichtbereich von Lichtern oder Signalkörpern sowie über die Anordnung und Eigenschaften von Schallsignalanlagen befolgen, die nach Auffassung der betreffenden Regierung diesen Regeln am nächsten kommen.“

2 Rule 3(h) – Vessel constrained by her draught

The existing text is replaced by the following:

“(h) The term "vessel constrained by her draught" means a power-driven vessel which, because of her draught in relation to the available depth and width of navigable water, is severely restricted in her ability to deviate from the course she is following.”

2 Règle 3, paragraphe h) – Navire handicapé par son tirant d'eau

Remplacer le texte actuel par ce qui suit:

«h) L'expression «Navire handicapé par son tirant d'eau» désigne tout navire à propulsion mécanique qui, en raison de son tirant d'eau et de la profondeur et de la largeur disponibles des eaux navigables, peut difficilement modifier sa route.»

2. Regel 3 Buchstabe h – Tiefgangbehindertes Fahrzeug

Der bisherige Wortlaut wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„h) Der Ausdruck „tiefgangbehindertes Fahrzeug“ bezeichnet ein Maschinenfahrzeug, das durch seinen Tiefgang im Verhältnis zu der vorhandenen Tiefe und Breite des befahrbaren Gewässers erheblich behindert ist, von seinem zu verfolgenden Kurs abzuweichen.“

3 New rule 8(f) – Not to impede

The following new paragraph (f) is added:

“(f) (i) A vessel which, by any of these rules, is required not to impede the

3 Règle 8, nouveau paragraphe f) – Ne pas gêner

Ajouter le nouveau paragraphe f) suivant:

«f) i) Un navire qui, en vertu de l'une quelconque des présentes Règles,

3. Regel 8 neuer Buchstabe f – Nichtbehinderung

Es wird folgender neue Buchstabe f angefügt:

„f) i) Ein Fahrzeug, das auf Grund einer dieser Regeln verpflichtet ist, die

passage or safe passage of another vessel shall, when required by the circumstances of the case, take early action to allow sufficient sea room for the safe passage of the other vessel.

(ii) A vessel required not to impede the passage or safe passage of another vessel is not relieved of this obligation if approaching the other vessel so as to involve risk of collision and shall, when taking action, have full regard to the action which may be required by the rules of this part.

(iii) A vessel the passage of which is not to be impeded remains fully obliged to comply with the rules of this part when the two vessels are approaching one another so as to involve risk of collision."

est tenu de ne pas gêner le passage d'un autre navire ou de permettre son libre passage doit, lorsque les circonstances l'exigent, manoeuvrer sans tarder afin de laisser suffisamment de place à l'autre navire pour permettre son libre passage.

ii) Un navire qui est tenu de ne pas gêner le passage d'un autre navire ou de permettre son libre passage n'est pas dispensé de cette obligation s'il s'approche de l'autre navire de telle sorte qu'il existe un risque d'abordage et il doit, lorsqu'il effectue sa manoeuvre, tenir dûment compte des manoeuvres qui pourraient être requises en vertu des règles de la présente partie.

iii) Un navire dont le passage ne doit pas être gêné reste pleinement tenu de se conformer aux règles de la présente partie lorsque les deux navires se rapprochent l'un de l'autre de telle sorte qu'il existe un risque d'abordage."

Durchfahrt oder die sichere Durchfahrt eines anderen Fahrzeugs nicht zu behindern, muß, wenn es die Umstände erfordern, frühzeitig Maßnahmen ergreifen, um genügend Raum für die sichere Durchfahrt des anderen Fahrzeugs zu lassen.

ii) Ein Fahrzeug, das verpflichtet ist, die Durchfahrt oder die sichere Durchfahrt eines anderen Fahrzeugs nicht zu behindern, ist von dieser Verpflichtung nicht befreit, wenn es sich dem anderen Fahrzeug so nähert, daß die Möglichkeit der Gefahr eines Zusammenstoßes besteht, und muß, wenn es Maßnahmen ergreift, in vollem Umfang die Maßnahmen berücksichtigen, die nach den Regeln dieses Teiles vorgeschrieben sind.

iii) Ein Fahrzeug, dessen Durchfahrt nicht behindert werden darf, bleibt in vollem Umfang verpflichtet, die Regeln dieses Teiles einzuhalten, wenn die beiden Fahrzeuge sich einander so nähern, daß die Möglichkeit der Gefahr eines Zusammenstoßes besteht."

4 Rule 10(a) – Traffic separation schemes adopted by the Organization

The existing text is replaced by the following:

"(a) This rule applies to traffic separation schemes adopted by the Organization and does not relieve any vessel of her obligation under any other rule."

4 Règle 10, paragraphe a) – Dispositifs de séparation du trafic adoptés par l'Organisation

Remplacer le texte actuel par ce qui suit:

«a) La présente règle s'applique aux dispositifs de séparation du trafic adoptés par l'Organisation et ne saurait dispenser aucun navire de ses obligations en vertu de l'une quelconque des autres règles.»

4. Regel 10 Buchstabe a – Von der Organisation festgelegte Verkehrstrennungsgebiete

Der bisherige Wortlaut wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) Diese Regel gilt in Verkehrstrennungsgebieten, die von der Organisation festgelegt worden sind; sie befreit ein Fahrzeug nicht von seiner Verpflichtung auf Grund einer anderen Regel.“

5 Rule 10(c) – Crossing traffic lanes

The existing text is replaced by the following:

"(c) A vessel shall, so far as practicable, avoid crossing traffic lanes but if obliged to do so shall cross on a heading as nearly as practicable at right angles to the general direction of traffic flow."

5 Règle 10, paragraphe c) – Traversée des voies de circulation

Remplacer le texte actuel par ce qui suit:

«c) Les navires doivent éviter autant que possible de couper les voies de circulation mais, s'ils y sont obligés, ils doivent le faire en suivant un cap qui soit autant que possible perpendiculaire à la direction générale du trafic.»

5. Regel 10 Buchstabe c – Queren von Einbahnwegen

Der bisherige Wortlaut wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„c) Ein Fahrzeug muß soweit wie möglich das Queren von Einbahnwegen vermeiden; ist es jedoch zum Queren gezwungen, so muß dies möglichst mit der Kielrichtung im rechten Winkel zur allgemeinen Verkehrsrichtung erfolgen.“

6 Annex 1, section 2(d) – Uppermost light

The existing text is replaced by the following:

"(d) A power-driven vessel of less than 12 metres in length may carry the uppermost light at a height of less than 2.5 metres above the gunwale. When however a masthead light is carried in addition to sidelights and a sternlight or the all-round light prescribed in rule 23(c)(i) is carried in addition to sidelights, then such masthead light or all-round light

6 Annexe 1, section 2, paragraphe d) – Feu le plus élevé

Remplacer le texte actuel par ce qui suit:

«d) Un navire à propulsion mécanique de longueur inférieure à 12 mètres peut avoir son feu le plus élevé à une hauteur inférieure à 2,5 mètres au-dessus du plat-bord. Toutefois, lorsqu'il porte un feu de tête de mât en plus des feux de côté et du feu de poupe ou bien le feu visible sur tout l'horizon prescrit à la règle 23 c) i) en plus des feux de côté,

6. Anlage I Abschnitt 2 Buchstabe d – Oberstes Licht

Der bisherige Wortlaut wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„d) Ein Maschinenfahrzeug von weniger als 12 Meter Länge darf das oberste Licht in einer Höhe von weniger als 2,5 Meter über dem Schandeckel führen. Werden jedoch ein Topplicht zusätzlich zu den Seitenlichtern und dem Hecklicht oder das Rundumlicht nach Regel 23 Buchstabe c Ziffer i zusätzlich zu den Seitenlichtern geführt, so

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 74,75 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,35 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1989 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 3,35 DM (2,35 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,35 DM.

Preis des Anlagebandes: 10,80 DM (9,40 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,80 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1
Postvertriebsstück · Z 1996 A · Gebühr bezahlt

shall be carried at least 1 metre higher than the sidelights.”

ce feu de tête de mât ou ce feu visible sur tout l'horizon doit se trouver à 1 mètre au moins au-dessus des feux de côté.»

müssen das Topplicht oder das Rundumlicht mindestens 1 Meter höher als die Seitenlichter geführt werden.“

7 Annex I, section 2(I)(II) – Vertical spacing of lights

The existing text is replaced by the following:

“(ii) on a vessel of less than 20 metres in length such lights shall be spaced not less than 1 metre apart and the lowest of these lights shall, except where a towing light is required, be placed at a height of not less than 2 metres above the gunwale.”

7 Annexe I, section 2, alinéa II) du paragraphe I) – Espacement des feux dans le plan vertical

Sans objet dans le texte français.

7. Anlage I Abschnitt 2 Buchstabe I Ziffer II – Vertikaler Abstand zwischen den Lichtern

Der bisherige Wortlaut wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„ii) auf einem Fahrzeug von weniger als 20 Meter Länge muß der Abstand zwischen diesen Lichtern mindestens 1 Meter betragen, der Abstand des untersten, mit Ausnahme eines vorgeschriebenen Schlepplichts, mindestens 2 Meter vom Schandeckel;“

8 Annex I, section 10 – Sailing vessels lights

In section 10(a): In the lead-in, the word “underway” is added after “sailing vessels”.

In section 10 (b): In the lead-in, the word “underway” is added after “sailing vessels”.

8 Annexe I, section 10 – Feux à bord des navires à voile

Au paragraphe a) de la section 10, ajouter les mots «faisant route» après les mots «navires à voile».

Au paragraphe b) de la section 10, ajouter les mots «faisant route» après les mots «navires à voile».

8. Anlage I Abschnitt 10 – Lichter von Segelfahrzeugen

In Abschnitt 10 Buchstabe a werden im Einleitungssatz nach dem Wort „Segelfahrzeugen“ die Worte „in Fahrt“ eingefügt.

In Abschnitt 10 Buchstabe b werden im Einleitungssatz nach dem Wort „Segelfahrzeugen“ die Worte „in Fahrt“ eingefügt.

9 Annex IV, new paragraph 1(o) – Distress signals

The following new paragraph (o) is added:

“(o) approved signals transmitted by radiocommunication systems.”

9 Annexe IV, nouvel alinéa o) du paragraphe 1 – Signaux de détresse

Ajouter le nouvel alinéa o) suivant:

«o) signaux approuvés transmis par des systèmes de radiocommunications.»

9. Anlage IV Abschnitt 1 neuer Buchstabe o – Notzeichen

Es wird folgender neue Buchstabe o angefügt:

„o) zugelassene Zeichen, die über Funk-systeme übermittelt werden.“